

## **Postulat Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Christa Ammann, AL): Repressive Drogenpolitik auf der Schützenmatte ab 1998**

Vor 1998 war die drogenspezifische Polizeipräsenz auf der Schützenmatte massiv kleiner bzw. nicht vorhanden und es gab – abgesehen von seltenen Demo-Scharmützeln oder diverser sinnloser Vorplatz-Wagenburg-Räumungen – im Alltag kaum Polizeiübergriffe oder Ausschreitungen im Raum Schützenmatte. Hinzu kam – so die historische Überlieferung – die angebliche Anweisung des damaligen Polizeidirektors Albisetti an die Stadtpolizei, keine Einsätze bei der Reitschule zu machen.

1998 blies eine Allianz aus RGM-Stadtregerung, Stadtpolizei, Behörden, Drogeninstitutionen und Medien zur Jagd auf „Dealer“ rund um den Bahnhof. Hunderte junge afrikanische und ex-jugoslawische Männer (viele von ihnen Asylbewerber) wurden rein aufgrund ihres äusseren Erscheinungsbildes von der Polizei angehalten, in einer Zivilschutzanlage erkennungsdienstlich behandelt und meist wieder freigelassen. Ein Massen-Racial Profiling mit dem Segen der Regierung. Doch trotz der damaligen obrigkeitlichen medialen Propagandaschlacht war die Aktion rein betäubungsmittelstrafrechtlich ein Reinfall: auf 1918 Festnahmen (davon 714 Mehrfachfestnahmen) kamen magere 207 Anzeigen wegen Drogendelikten und 857 „strafrechtliche oder fremdenpolizeiliche Massnahmen“ (Bund 04.06.1998).

Auch der heutige Gemeinderat wird in ein paar Monaten die Anti-Dealer-Offensive als Erfolg feiern und ob er der Versuchung, die Schützenmattbelebung bei der Analyse aussen vor zu lassen, widerstehen kann, wird von der AL bezweifelt. Bis dahin werden – wie immer – nicht wenige junge dunkelhäutige Männer – egal, ob sie was mit Drogen zu tun haben oder nicht – sowie kritische Augenzeuginnen und ReitschülerInnen den starken Arm des Gesetzes zu spüren bekommen. Denn dank dem OK der Regierung sind die Dämme geöffnet. Wer ins Feindbild passt, darf ja mit Rotgrünmitte-Segen gejagt werden. Nicht nur „Dealer“, sondern auch „Illegale“. Wer stehen bleibt, wird festgenommen. Wer flüchtet, bekommt zusätzlich eine Anzeige. Wer sich wehrt, bekommt zusätzlich eine Anzeige. Wer protestiert, bekommt eine Anzeige.

Bevor die Wiederholung der Geschichte als Erfolg gefeiert wird, braucht es eine saubere Auflistung der Massnahmen und der damit verbundenen Effekte. Nur so lässt sich feststellen, ob die Massnahmen auch objektiv betrachtet als Erfolg (gegen oder für was auch immer) bezeichnet werden können.

Der Gemeinderat wird mit dem vorliegenden Postulat aufgefordert, einen Bericht zu verfassen, welcher die Versuche mit einer repressiven Drogenpolitik auf der Schützenmatte ab 1998 quantifiziert und auch qualifiziert.

Im Bericht sollen unter anderen folgende Fragen (wo nicht anders genannt für den Zeitraum 1998 bis heute mit dem Fokus Schützenmatte) bearbeitet werden:

1. Wieviele drogenspezifische Patrouillenfahrten, Vertreibungsaktionen, Razzien gab es im Raum Schützenmatte seit 1998?
2. Wie viele Kontrollen, Wegweisungen/Ausgrenzungen, Festnahmen, Verurteilungen, Gefängnisstrafen, Ausschaffungen?
3. Welche Mengen und welche Art von Drogen wurden beschlagnahmt?
4. Wieviel Bargeld wurde beschlagnahmt? Wieviel davon konnte effektiv in Zusammenhang mit Drogen gebracht werden, wieviel davon wurde irgendwelchen Flüchtlingen oder Sans-Papiers abgenommen, ohne die Begründung, es sei Drogengeld, nachweisen zu können?
5. Wieviele Personen waren seit 1998 in den Drogenhandel im Raum Schützenmatte involviert?
6. Wieviele Beschwerden, Anzeigen, Verurteilungen gegen PolizistInnen gab es seit 1998? Inhalt/Straftatbestände?

7. Wieviele Anzeigen nicht-drogenspezifischer Art gab es seit 1998 gegen AugenzeugInnen, „StörerInnen“ der erwähnten Polizeiaktionen? Straftatbestände? Verurteilungen? Wegweisungen/Ausgrenzungen?
8. Wieviele und welche der beschlagnahmten Drogen waren für den Deal, wieviele für den Eigenkonsum vorgesehen?
9. Wird in den Polizeiberichten und -Anzeigen zwischen KonsumentInnen (KifferInnen, Junkies, Gelegenheits- und WochenendeinkäuferInnen), KurierInnen und DealerInnen unterschieden?
10. Müssen KonsumentInnen (ohne Niederlassungsbewilligung oder ohne Papiere) ebenfalls mit Wegweisungen/Ausgrenzungen und/oder Ausschaffungen rechnen?
11. Wie viele solcher KonsumentInnen sind von den erwähnten Massnahmen betroffen?
12. Wie lauteten die Aufträge und der Inhalt der Dienstbefehle der Stadt-/Kantonspolizei bezüglich Drogenpatrouillen und -Razzien auf der Schützenmatte/vor oder in der Reitschule seit 1998?
13. Wie lauteten die gemeinderätlichen Aufträge an die Stadt-/Kantonspolizei seit 1998?
14. Wie viele Tage/Wochen/Monate (am Stück) ohne Deal gab es seit 1998 auf der Schützenmatte?
15. Gibt es zu der Zeit zwischen 1987 und 1998 Zahlen, Berichte oder Studien welche einen Vergleich mit dem Zeitraum von 1998 bis heute zulässt?

Dieser Vorstoss wurde verfasst von Tom Locher und Christa Ammann.

Die AL Bern versteht sich als basisdemokratischer Zusammenschluss, deren gewählte Person in Delegierten-Funktion die Anliegen von anderen ihr nahestehenden Gruppen, Einzelpersonen und nicht-parlamentarisch-aktiven AL-Menschen ins Parlament trägt. Im Sinne der Transparenz und um der Personenfixierung auf die parlamentarische Vertretung entgegenzuwirken, wird deshalb der Name des/der VerfasserInnen auf dem Vorstoss erwähnt (ausser die UrheberInnen wünschen explizit, dass dies nicht so sein soll).

Bern, 02. Juli 2015

*Erstunterzeichnende: Christa Ammann*

*Mitunterzeichnende: Mess Barry, Daniel Egloff, Luzius Theiler*